

Beim Sprachaustausch klemmt es

Das Ziel: Alle Kinder nehmen einmal an einem Sprachaustausch teil. Die Realität: Die wenigsten können das tun, wie eine Studie zeigt.

Kari Kälin

Wer gut aufpasst, kann bei den Corona-Pressekonferenzen des Bundesrats seine Fremdsprachenkenntnisse aufpolieren. Gesundheitsminister Alain Berset verkündet die jüngsten Entscheidung zur Virenbekämpfung jeweils auf Französisch und Deutsch – vielleicht liegt ihm die idée suisse als Kulturminister am Herzen. Schliesslich will der Bundesrat, so steht es in der Kulturbotschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern.

Als ein Mittel dazu dient der Sprachaustausch. Damit die hiesigen Schülerinnen und Schüler Deutsch, Französisch und Italienisch als Fremdsprache nicht nur im Klassenzimmer büffeln, sondern «auf dem Feld» in einer jeweils anderen Sprachregion, gibt der Bund jährlich 2,4 Millionen Franken aus. Er fördert verschiedene Programme, bei denen sich Schülerinnen und Schüler aus anderen Sprachre-

gionen begegnen. Möglich ist zum Beispiel ein Rotationsaustausch. Eine Gruppe von Kindern besucht den Unterricht in einer fremdsprachigen Partnerschule und lebt für eine gewisse Zeit bei einer Gastfamilie.

Die Ziele sind hochgesteckt. Alle jungen Menschen, halten Bund und Kantone in einer vor vier Jahren verabschiedeten Strategie fest, nehmen im Verlauf ihrer Bildungskarriere mindestens einmal an einem Sprachaustausch teil. Dafür wurde eigens die Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität aus der Taufe gehoben. Für den operativen Teil, die Vermittlung von Programmen, zeichnet Movetia verantwortlich, die nationale Agentur für Austausch und Mobilität. Die Kantone steuern auf Stufe Volksschule und Gymnasium jährlich 20 Millionen Franken für Austauschaktivitäten. Viele Fremdsprachenlerner wissen es aus eigener Erfahrung: So

Nur **3,2**
Prozent der Schüler nahmen 2018/2019 an einem Sprachaustausch teil.

richtig gut und effizient, auch dank besserer Motivation, lernt man eine neue Sprache erst vor Ort oder im regelmässigen Kontakt mit Fremdsprachigen.

Doch wie oft verlässt ein Deutschschweizer Kind Westschweizer Boden, um an seinem Französischen zu feilen? Wie oft überqueren Kinder aus der Romandie die Saane, um Deutsch zu lernen? Und verschlägt es überhaupt jemanden ins Tessin? Die Antworten fallen ernüchternd aus.

Auf der Primarstufe läuft fast gar nichts

Eine neue Studie der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) für

die Aktivitäten während der obligatorischen Schulzeit zeigt: Im Schuljahr 2018/2019 nahmen nur 4,4 Prozent von mehr als 23 000 untersuchten Klassen in der Schweiz ein Sprachbad in einem anderssprachlichen Landesteil. Nicht immer beteiligten sich alle Kinder einer Klasse daran, sodass nur 3,2 Prozent (rund 25500) Schülerinnen und Schüler davon profitierten.

Auf Stufe Primarschule findet praktisch kein Sprachaustausch statt (1,3 Prozent aller Klassen). Auf der Sekundarstufe (10,8 Prozent) sieht es zwar besser aus. Das Ziel, dass alle Schülerinnen und Schüler mindestens einmal in ihrer Schulzeit an einem sprachregionalen Austausch teilgenommen haben, liegt aber weit entfernt, schreibt Studien-Co-Autor und SKBF-Direktor Stefan Wolter. Auffallend auch: Die Austauschaktivitäten zwischen Westschweizer und Deutschschweizer Schulen halten sich ungefähr die Waage,

aber nur jeder 25. Austausch erfolgt im italienischsprachigen Teil der Schweiz statt.

Höherer Mädchenanteil führt zu mehr Austausch

Die Untersuchung offenbart auch: Je näher eine Schulklasse geografisch bei einer Sprachgrenze liegt, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit für Austausch. Verhältnismässig hoch sind solche Aktivitäten zum Beispiel in den zweisprachigen Kantonen Wallis und Freiburg, tief in St. Gallen und Genf.

Ein hoher Mädchenanteil erhöht die Wahrscheinlichkeit für einen Sprachaustausch, ein hoher Migrantenanteil senkt ihn. Schliesslich: In der Regel ergreifen die Lehrpersonen und nicht die Schulleitungen die Initiative. Übertrieben lange dauern die Austauschaktivitäten nicht. In der Hälfte aller Fälle beschränken sie sich auf einen bis vier Tage. Was ist also zu tun? Wolter regt an, den Austausch auf Pri-

marstufe zu fördern, weil die Motivation in der kritischen Anfangsphase des Fremdspracherwerbs eine zentrale Rolle spielt. Und man müsse nach neuen Wegen suchen, damit vom Nutzen des sprachregionalen Austauschs auch Schulen und Klassen überzeugt werden, bei denen der Fremdspracherwerb nicht zuoberst auf der Prioritätenliste stehe.

Movetia-Direktor Olivier Tschopp zeigt sich nicht überrascht über Wolters Befund. «Die Studie bestätigt, dass der Weg zum Erreichen der Ziele noch lang ist.» Tschopp wünscht sich, dass der Sprachenaustausch besser im Lehrplan verankert und von Kantonen und Schülern noch mehr eingefordert wird. «Es braucht ein Bewusstsein, dass Austauschaktivitäten als wichtigen Beitrag zum Spracherwerb, aber auch zum Erlernen interkultureller und persönlicher Kompetenzen anerkannt werden.»

Winterstrom: Der Blick in die Zukunft lohnt sich noch nicht

Im Glarnerland entsteht die grösste alpine Solaranlage. Sie wäre ein Mittel gegen die drohende Winter-Stromlücke. Doch es gibt ein Problem.

Der Weg zur Muttsee-Staumauer auf 2500 Metern über Meer könnte auch Kulisse für einen James-Bond-Film der 60er-Jahre gewesen sein. Denn wer zur Staumauer in den Glarner Alpen hoch will, fährt durch immense Tunnel, die eigens für das Kraftwerk in den Berg gehauen wurden. Er benutzt Lifte unter Tag und lange Gänge im Berg. Und nicht zuletzt überwindet er mehrere hundert Höhenmeter in einer Seilbahn, für die ein Stollen in den Fels gehauen ist.

Doch auf der Muttsee-Staumauer oben soll kein Agententhriller der 60er-Jahre spielen. Sondern die Zukunft der Schweizer Stromversorgung.

Der Energiekonzern Axpo und die Basler Energieversorgerin IWB bauen hier an der Staumauer des Pumpspeichers Linth-Limmern eine Solaranlage. Transporthelikopter bringen derzeit 4872 Solarmodule, 170 Tonnen Stahl und 100 Tonnen Aluminium auf den Berg. Das Projekt hat Pioniercharakter, sein Ziel: Die Anlage mit 2,2 Megawatt Leistung soll im Sommer gleich viel Strom liefern wie im Winter. – Weil auf 2500 Metern weniger Nebel liegt als im Mittelland, weil der Schnee reflektiert, und weil die Panels bei Kälte effizienter sind. 1,5-mal mehr Strom als eine gleiche Anlage im Tal soll das alpine Projekt liefern. Und damit soll die Anlage Vorbildcharakter für die Energiewende einnehmen. Denn die Solaranlagen im Mittelland liefern nur 30 Prozent ihres Stroms im Winter. Diese geringe Stromproduktion in der kalten Jahreszeit könnte für die Schweiz zum Problem werden, setzt das Land doch grösstenteils auf Solarenergie für die Energiewende. Einerseits soll sie den Atomstrom ersetzen, der in den



An der Muttsee-Staumauer im Glarnerland werden 4872 Fotovoltaikmodule angebracht. Bild: Gian Ehrenzeller/Keystone (Linthal, 19. August 2021)

2030er-Jahren wegfallen soll. Andererseits soll sie Ersatz für fossile Treibstoffe sein, die bis 2050 verschwinden sollen.

Auf der Staumauer steht Christoph Sutter. Er ist der Verantwortliche für neue Energien bei der Axpo. Sutter verspricht nicht gerade Hoffnung, dass die Schweiz die drohende Stromlücke im Winter rasch meistern wird. «Die Rahmenbedingungen erlauben es nicht, in der Schweiz zu investieren», sagt er. Der Energiekonzern hat denn auch in den letzten Jahren vor-

wiegend im Ausland in erneuerbare Energien investiert. Den zwei Megawatt im Glarnerland stehen 300 Megawatt in Frankreich gegenüber. Rentabel ist der Bau der Anlage zudem nur, weil der Detailhändler Denner zugesichert hat, den Strom über eine lange Zeitspanne zu einem festgelegten Preis abzunehmen. Statt wie üblicherweise vier bis zehn Rappen pro Kilowattstunde betragen die Gestehungskosten aufgrund der aufwendigen Infrastruktur in den Alpen eher gegen 20 Rappen.

Für die Axpo ist die Solaranlage denn auch mehr ein politisches als ein wirtschaftliches Projekt: An ihr versucht der Konzern seit Monaten zu zeigen, was in der Schweizer Energiepolitik nötig wäre – und was falsch läuft. Der Hintergrund: In Bern wird in den nächsten Monaten – oder Jahren – hart darum gerungen, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert werden soll. Das Parlament wird dies im Strom- und Energiegesetz festlegen. Die Axpo warnte wiederholt: Mit den bisher geplanten

Fördermassnahmen des Bundes wird der Ausbau nicht so schnell gelingen wie nötig. Deshalb fordert die Axpo eine gleitende Marktprämie, eine Art Defizitgarantie bei tiefen Strompreisen, statt der geplanten Investitionsbeiträge an neue Anlagen. Und sie verlangt auch eine spezielle Förderung für teurere Projekte wie dasjenige in den Alpen. Und nicht zuletzt muss aus Sicht des Badener Energiekonzerns bei der Dauer der Baubewilligungen und beim Landschaftsschutz angesetzt werden, wenn die Ener-

giegewende rechtzeitig gelingen soll. So müsse die Schweiz auch in den Alpen Freiflächenanlagen erlauben, sagt Axpo-Mann Sutter. «Es muss nicht auf der Wiese gebaut werden. Aber wo es schon Infrastruktur gibt, muss dies möglich sein.»

Allerdings könnten in Bezug auf die Fördermassnahmen früher Fakten geschaffen sein als bisher angenommen. Bereits durch den Nationalrat gegangen ist eine parlamentarische Initiative von Grünen-Nationalrat Bastien Girod (ZH). Sie hat auch im Ständerat gute Chancen. Demnach würden die Fördermittel bis 2030 festgelegt. Für Girod ist dies dringend nötig. Denn er geht davon aus, dass das Strom- und Energiegesetz nicht durchberaten ist, wenn die aktuellen Fördermassnahmen auslaufen. Die Politik sei sich einig, dass die einheimischen Erneuerbaren ausgebaut werden müssten. Da könne sie nicht die Förderinstrumente «ohne Anschlusslösung auslaufen» lassen, sagt Girod. Sein Vorschlag geht zwar in Richtung der Fördermassnahmen, die der Bundesrat dem Parlament vorschlägt. Er sieht aber keine strategische Winterreserve vor; dafür weiterhin eine Marktprämie für die defizitäre Wasserkraft.

Kritik meldet der Bundesrat an. Er fürchtet, dass eine befristete Zwischenlösung die Planungssicherheit nicht erhöht; sind doch Strominfrastrukturprojekte eine langwierige Angelegenheit. Auch bei der Axpo ist man skeptisch. Aus Sicht des Konzerns besteht die Gefahr, dass das Parlament beim Strom- und Energiegesetz nicht so rasch wie nötig handelt, wenn es eine Zwischenlösung gibt.

Lucien Fluri